

AUSSTIEG ODER WIEDEREINSTIEG? ABES WIDERSPRÜCHLICHE ATOMPOLITIK

Florentine KOPPENBORG

1. EINLEITUNG

Am 10. März 2016, einen Tag bevor sich die Dreifachkatastrophe vom 11. März 2011 zum fünften Mal jährte, betonte der japanische Premierminister Shinzō Abe bei einer Pressekonferenz, dass Japan als ressourcenarmes Land nicht auf Atomkraftwerke (AKW) verzichten könne, um eine stabile Energieversorgung zu garantieren, die dabei Wirtschaft und Klimaschutz nicht aus den Augen verliere (Kantei 2016). Angesichts des Ausmaßes der Atomkatastrophe von Fukushima und ihren weltweiten politischen Auswirkungen überrascht diese Aussage nicht zuletzt deutsche Zuhörer. Während in Deutschland, genau wie in Belgien und der Schweiz, als unmittelbare Reaktion auf die Atomkatastrophe ein beschleunigter Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen wurde (Schneider und Froggatt 2012: 4), ist ein politischer Wille zum Ausstieg aus der Kernkraft in Japans Regierung bislang nicht zu erkennen. Im Gegenteil, auf Nachfrage eines Journalisten erklärte Premierminister Abe, dass seine Regierung daran festhalte, alle AKW, die von der staatlichen Aufsichtsbehörde Nuclear Regulation Authority (NRA, *Genshiryoku Kisei Iinkai*) für sicher befunden werden, wieder in Betrieb zu nehmen (Kantei 2016). Wie ist es zu erklären, dass Japan als direkt von der Atomkatastrophe betroffenes Land an der Kernenergie festhält und wie realistisch ist ein solcher Wiedereinstieg?

Dieses Kapitel beleuchtet die jüngeren Entwicklungen in der japanischen Atompolitik, insbesondere die Einflussfaktoren hinter Abes Pro-Atomkraftkurs und die Auswirkungen dieser Politik am Beispiel der Atomaufsichtsbehörde NRA. Konkret zeichnet es die Entwicklungen in Japans Atompolitik seit 2011 nach, beginnend mit den für die Atompolitik relevanten Ereignissen unter der Regierung der Demokratischen Partei Japans (DPJ, *Minshu-tō*) – von 2009 bis Ende 2012 –, gefolgt von der zweiten Regierungszeit Premierminister Shinzō Abes seit 2012. Da der Regierungswechsel und die Reform der Atomaufsicht zeitlich zusammenfallen, erlaubt die Zusammenschau Rückschlüsse auf die Bedeutung parteipolitischer Differenzen, aber auch über die Tragweite der Reformen im Bereich der Atomaufsicht. Die Verände-

rungen in der Atomaufsicht sind besonders aufschlussreich, um die vielen Widersprüche und Ambivalenzen in Japans gegenwärtiger Atompolitik zu verstehen, denn sie machen deutlich wie stark sich die klientelistischen Beziehungen zwischen Politik, Industrie und Energieversorgern verändert haben. Zum anderen zeigen sich hier eine Reihe von administrativen Hindernissen, die den Widerspruch zwischen Abes Ambitionen und den tatsächlichen Entwicklungen erklären. Das Resultat ist ein Pro-Atomkraftkurs der Regierung Abe, dessen Umsetzung jedoch nur schleppend vorangeht und auf Widerstand in der Bevölkerung stößt.

2. DAS „ATOMDORF“ VOR DEM 11. MÄRZ 2011: INTERESSEN UND NETZWERKE

Bislang wird die Entscheidung an der Kernkraft festzuhalten damit begründet, dass Japans „Atomdorf“ (*genshiryoku mura*) nach wie vor einflussreich ist. Der Begriff wurde in den späten 1990er Jahren von Tetsunari Iida geprägt, der dieses definiert als „Interessengemeinschaft der Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft bestehend aus Kraftwerksherstellern, Energieversorgern, der für Atomwirtschaft zuständigen Verwaltung sowie Forschungseinrichtungen“ (*Asahi Shinbun* 2.3.2012: 13). Die einzelnen Akteure werden im Folgenden näher vorgestellt. Die für die Atomwirtschaft zuständige Verwaltung bestand bis 2012 einerseits aus der für Energiepolitik zuständigen *Agency for Natural Resources and Energy* (ANRE, *Shigen Enerugi-chō*), sowie aus den beiden für atomare Sicherheit verantwortlichen Behörden *Nuclear and Industrial Safety Agency* (NISA, *Genshiryoku Anzen Hoanin*) und *Nuclear Safety Commission* (NSC, *Genshiryoku Anzen Inkaï*).

ANRE ist eine an das Ministerium für Wirtschaft Handel und Industrie (METI) angegliederte Behörde zu deren Hauptaufgaben die Formulierung von Energiepolitik gehört. Seit der Ölkrise von 1973 soll die von METI forcierte Förderung der Kernenergie dabei helfen, Japans Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu verringern und eine stabile Energieversorgung zu garantieren. Mit dem Beginn der Verhandlungen für ein UN-Klimaabkommen Anfang der 1990er Jahre begannen ANRE und METI überdies die Kernkraft als emissionsfreien Energieträger zu vermarkten. Im Zuge einer proklamierten weltweiten Renaissance der Kernkraft veröffentlichte ANRE im Jahr 2006 einen Bericht mit dem Titel „Entwurf zur Gründung eines Atomstaates“ (*genshiryoku rikkoku keikaku*). Dieser legte den Grundstein für den in den Folgejahren ausgearbeiteten und 2010 veröffentlichten „Grundlagenplan Energie“ (*enerugi*

kihon keikaku)¹. Darin war festgehalten, dass der Bestand von Atomreaktoren bis 2030 um mindestens 14 erweitert werden und der Anteil des Atomstroms an der Gesamtstromerzeugung Japans damit auf ca. 50 Prozent erhöht werden sollte. Damit sollte die Unabhängigkeit von Rohstoffimporten wie Öl und Gas für die Energieversorgung und der Anteil emissionsfreier Energieträger am Gesamtstrommix auf 70 Prozent erhöht werden (METI 2010: 4).

Die Atomaufsicht NISA war ein Teil von ANRE und damit sowohl personell als auch finanziell abhängig von der Behörde, deren Hauptziel in der Förderung von Kernkraft bestand. Diese Konstruktion führte zu Interessenskonflikten zwischen den unterschiedlichen Zielsetzungen. Das Resultat waren, wie der parlamentarische „Untersuchungsausschuss für die Ursachen des Atomunfalls“ (Nuclear Accident Independent Investigation Committee, *Tōkyōdenryoku Fukushima Genshiryoku Hatsuden-sho-jiko Chōsaiinkai*) in seinem Abschlussbericht 2012 feststellte, lasche Vorschriften, die es AKW-Betreibern beispielsweise erlaubten, über teure Maßnahmen wie Schutzwälle gegen Tsunamiwellen weitestgehend autark zu entscheiden (NAIIC 2012: 20). Das NSC hingegen war im Kabinettsbüro angesiedelt und für die Kontrolle der Atomaufsicht NISA zuständig. Ohne Weisungsbefugnis gegenüber NISA und beschränkt auf eine rein beratende Funktion gegenüber dem Kabinettsbüro, konnte das NSC seine Kontrollfunktion jedoch nur bedingt ausüben (Ferguson und Jansson 2013: 6).

Weitere Mitglieder des „Atomdorfes“ sind die Energieversorger, insgesamt zehn Unternehmen, die jeweils regional eine Monopolposition innehaben.² Neun davon betreiben AKWs, wobei sich gut die Hälfte in der Hand der Tokyo Electric Power Company (TEPCO) und der Kansai Electric Power Company (KEPCO) befinden. Dazu kommen die großen Hersteller von AKW, wie Toshiba und Mitsubishi, die zusammen mit den Energieversorgern traditionell eine wichtige Klientel des japanischen Wirtschaftsministeriums METI darstellen. Ergänzt um die langjährige Regierungspartei, der Liberaldemokratischen Partei Japans (LDP, *Jiyūminshu-tō*) mit ihrer industrieorientierten Politik, wird diese Konstellation und die enge klientelistische Verbindung zwischen Politik, Bürokratie und Wirtschaft auch oft als „eisernes Dreieck“ bezeichnet. Von Bedeutung sind überdies Universitäten, wie etwa die Universität Tokyo, denen Kritiker vorwerfen, dass sie kernenergiekritische Forschungsergeb-

¹ In englischsprachigen Veröffentlichungen von ANRE und METI häufig als „Strategic Energy Plan“ bezeichnet.

² Eine Öffnung des Energiemarktes begann Anfang 2016, aber für den hier beleuchteten Zeitabschnitt trifft die Beschreibung als regionaler Monopolist zu.

nisse nicht veröffentlichen (Lukner und Sakaki 2011: 52). Überdies zählen teilweise auch die Medien dazu, allen voran die Tageszeitung *Yomiuri Shinbun*³ mit ihrer bis in die 1960er Jahre zurückreichenden Geschichte an atomkraftfreundlicher Berichterstattung (Kingston 2013: 108).⁴

Auch wenn das „Atomdorf“ bis heute besteht und in seinen Grundstrukturen gefestigt erscheint, wäre es falsch anzunehmen, dass die Ereignisse des 11. März 2011 keinen Einfluss auf die japanische Atompolitik gehabt hätten. Dies gilt insbesondere für die neue Atomaufsichtsbehörde NRA, welche als Reaktion auf die Atomkatastrophe ins Leben gerufen wurde. Die NRA wird bislang zwar nur selten in internationalen Medien oder in wissenschaftlichen Studien aufgegriffen, ist aber entscheidend, da Premierminister Shinzō Abe bei der von ihm forcierten Wiederinbetriebnahme von AKW auf die Kooperation der NRA angewiesen ist. Denn AKW können erst dann wieder hochgefahren werden, wenn die NRA dem ausdrücklich zustimmt. Aus diesem Grunde ist die Frage, inwieweit die NRA eine unabhängig agierende Atomaufsicht darstellt von großer Bedeutung.⁵

3. DER ATOMUNFALL VON FUKUSHIMA UND SEINE POLITISCHEN AUSWIRKUNGEN

Das Erdbeben der Stärke 9 auf der Richterskala und der darauffolgende Tsunami verursachten massive Probleme mit der Stromversorgung sowie mit der Kühlung der Reaktoren des AKW Fukushima Daiichi. Infolgedessen ereigneten sich Kernschmelzen in den Reaktoren 1, 2 und 3. In den darauffolgenden Tagen wurden die Reaktorblöcke 1, 3 und 4 durch Wasserstoffexplosionen noch weiter beschädigt.⁶ Die Berichter-

³ Die *Yomiuri Shinbun* ist die größte der fünf überregionalen japanischen Tageszeitungen mit einer Morgenausgabe und einer Abendausgabe, die zusammen eine Auflage von ca. 13 Millionen Exemplaren erreichen. Sie gilt als politisch konservativ und seit langem als Sprachrohr der Atombefürworter.

⁴ Für weitere wichtige Quellen zum Thema Atomdorf siehe Scalise (2013); Cotton (2015); Vivoda und Graetz (2014).

⁵ Inwieweit die NRA eine unabhängig agierende Atomaufsicht darstellt und wie sich die Interaktionsmuster der Akteure innerhalb des „Atomdorfes“ durch die Reform der Atomaufsicht konkret verändert haben, werden in der Doktorarbeit der Autorin genauer beleuchtet.

⁶ Die Reaktoren 4, 5 und 6 waren aufgrund von Wartungsarbeiten außer Betrieb und daher nicht von einer Kernschmelze betroffen. Die Explosion in Reaktorblock 4 wird darauf zurückgeführt, dass Wasserstoff aus dem havarierten Block 3 durch Leitungen in Block 4 gelangte.

stattung innerhalb Japans über die als „Atomunfall im AKW Fukushima Daiichi“ (*Fukushima daiichi genpatsujiko*)⁷ bekannt gewordene Unfallserie wurde dabei nicht nur in Japan selbst als beschwichtigend wahrgenommen. Beispielweise berichtete der staatliche japanische Fernsehsender NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) erst nach zwei Monaten über die Möglichkeit einer oder mehrerer Kernschmelzen (Kingston 2013: 108–9), obwohl der Unfall bereits im April von den zuständigen Behörden als Stufe 7 auf der Internationale Bewertungsskala für nukleare und radiologische Ereignisse (INES) klassifiziert worden war (METI 2011). Damit galt er offiziell als katastrophaler Unfall bei dem davon auszugehen war, dass die betroffene Anlage stark oder gänzlich zerstört worden war und Kernschmelzen in mehreren Reaktoren stattgefunden hatten.

Die sich aus dem Mangel an Informationen in den Medien ergebende Unsicherheit war sicherlich ein Faktor, der zur politischen Mobilisierung großer Bevölkerungsteile und zu ersten landesweiten Demonstrationen gegen Kernkraft im April 2011 beitrug. Diese wuchsen stetig an und erreichten ihren Höhepunkt am 16. Juli 2012 mit einem Protestmarsch in Tokyo gegen die Nutzung von Kernkraft sowie den Umgang mit der aus dem beschädigten AKW Fukushima Daiichi austretenden radioaktiven Strahlung. Laut Medienangaben nahmen zirka 60.000 Teilnehmer an der Demonstration teil, die unter anderem von Literaturnobelpreisträger Kenzaburō Ōe unterstützt wurde. Damit war sie die bis dahin größte Demonstration in Japan seit den 1960er Jahren (*Guardian* 19.9.2011). Selbst in Meinungsumfragen der atomkraftfreundlichen Yomiuri Shinbun aus der Zeit wird eine zunehmend kritische Haltung der Bevölkerung gegenüber der Atomenergie deutlich. Die Zeitung hatte in dem Zeitraum von April bis November 2011 Umfragen durchführen lassen zu der Frage, welche Rolle Kernkraft zukünftig in Japan spielen sollte. Folgende Antwortmöglichkeiten waren dabei vorgegeben: für den Ausbau der Kernkraft, für ein Beibehalten des bisherigen Anteils von 30 Prozent im Gesamtenergiemix⁸, für eine Verringerung des Anteils sowie für den Ausstieg aus der Kernkraft. Waren im April noch 56 Prozent der Befragten entweder für einen Ausbau oder zumindest ein Beibehalten des bisherigen Anteils, sank dieser Anteil bis November

⁷ Der Begriff unterscheidet sich von denen in der deutschsprachigen Berichterstattung gebräuchlichen Begriffen wie „Atomunfall von Fukushima“ (*Deutsche Welle* 11.3.2016), „(Super-)GAU von Fukushima“ (*Welt* o.A.), „Atomunglück von Fukushima“ (*Süddeutsche Zeitung* 2016) oder einfach „Fukushima“ (*Zeit* 6.3.2014).

⁸ Dies entspricht dem Stand vom Januar 2011.

2011 auf 24 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Befürworter einer Verringerung des Anteils bzw. eines völligen Atomausstiegs von 41 Prozent auf 73 Prozent (Shibata und Tomokiyo 2014: 66–67).

Zur wachsenden Gruppe der Kernenergiegegner stieß auch der damalige Premierminister (2010–2011) Naoto Kan von der DPJ, der vor Fukushima noch einen Ausbau der Kernkraft unterstützt hatte. Als Reaktion auf die Atomkatastrophe kündigte er am 13. Juli 2011 an, dass Japan seine Abhängigkeit von der Kernkraft verringern und langfristig komplett aussteigen werde (Kantei 2011b). Darüber hinaus leitete Kan einen Monat später eine Reform der eingangs beschriebenen Atomaufsicht NISA ein. Damit reagierte er nicht nur auf das Versagen der NISA hinsichtlich der Gewährleistung der Sicherheit von AKW, sondern auch auf ihre unzureichende Rolle im Krisenmanagement. Die Fukushima-Krise hatte gezeigt, dass es NISA an geeigneter Expertise mangelte. Beispielsweise war der Leiter der Behörde kein Nuklearexperte, sondern ein früherer Beamter des Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Industrie (Kan 2012: 17). Das von Kan im August 2011 eingeleitete Reformvorhaben sah vor, die Atomaufsichtsbehörde NISA aus dem Wirtschaftsministerium herauszulösen und an das Umweltministerium anzugliedern. Damit sollte die AKW-Aufsicht klar von der politischen Förderung von Kernkraft getrennt werden (Kantei 2011a).

Die Ankündigung, dass Japan langfristig aus der Kernkraft aussteigen werde, wirkte auf viele Beobachter wie der Auftakt zu einer schnellen und entschiedenen Richtungswende in der japanischen Atompolitik. Dieser Eindruck wurde noch dadurch bestärkt, dass Premierminister Kan kurz vor seinem Rücktritt ein Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien durch das Parlament brachte.⁹ Aber erst Kans Parteifreund und Nachfolger als Premierminister, Yoshihiko Noda (2011–2012), kam die Aufgabe der Neuausrichtung der Energiepolitik zu. Dafür schlug er einen für japanische Verhältnisse eher ungewöhnlichen Weg ein indem er das „Energy and Environment Council of the Japanese Government“ (EEC, *Enerugi Kankyō Kaigi*) im Kabinettsbüro einrichten ließ anstelle eines Beratungsausschusses (*shingikai*) im Wirtschaftsministerium. Durch diese neu geschaffene Institution war die Regierung nun direkt an der Ausarbeitung einer neuen Strategie beteiligt und unternahm zudem den Versuch einer stärkeren

⁹ Dieses ähnelt dem deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) insofern, dass es ebenfalls eine Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien beinhaltet (Morita und Matsumoto 2014: 11–12). Anders als im EEG ist aber weder eine vorrangige Einspeisung erneuerbarer Energie vorgesehen noch werden die Netzbetreiber verpflichtet einen Netzzugang bereitzustellen.

Bürgerbeteiligung mithilfe von elf öffentlichen Anhörungen, einem Deliberationsforum¹⁰ sowie einem System zur Sammlung von Meinungsbeiträgen von Bürgern (Ban 2012). Der Prozess mündete in der Verabschiedung des Strategiepapiers „Innovative Strategy for Energy and the Environment“ (*kakushinteki enerugi kankyō senryaku*) durch das EEC am 14. September 2012. Darin ist als Zielmarke festgehalten, dass Japan in den 2030er Jahren aus der Kernkraft aussteigen solle. Obwohl das Strategiepapier als Grundlage für einen Kabinettsbeschluss zur zukünftigen Energiepolitik dienen sollte, kam es aufgrund starken Widerstands von Wirtschaftskreisen letztlich zu keiner offiziellen Übernahme der Grundsätze durch die Regierung (Edahiro 2012).

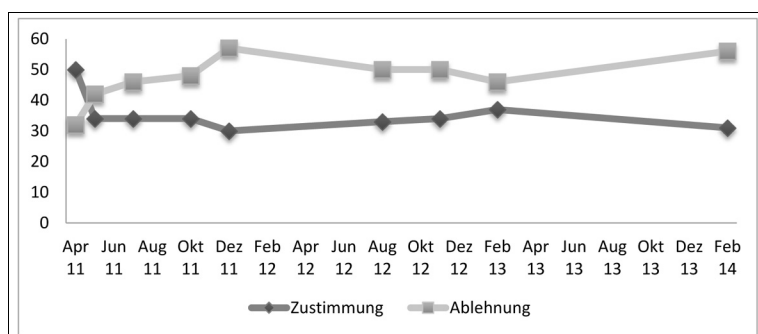
In der Bevölkerung wurde ein möglicher Ausstieg aus der Kernkraft jedoch positiv gesehen wie Umfragen der Asahi Shinbun¹¹ sowie der Yomiuri Shinbun zeigen. So sprachen sich im Juli und August 2012 jeweils eine deutliche Mehrheit von über 70 Prozent der Befragten entweder für den Ausstieg aus der Kernkraft oder für eine Verringerung ihres Anteils an der Stromversorgung auf 15 Prozent aus (Shibata und Tomokiyo 2014: 76). Interessant dabei ist, dass der Anteil der Befragten, der sich atomkraftkritisch zeigt, im Vergleich zu den oben genannten Umfragen der Yomiuri von 2011 gleichbleibend hoch ist. Diese Konstanz steht in starkem Kontrast zur öffentlichen Meinung nach anderen AKW-Unfällen, wie dem Three Mile Island Unfall in den USA im Jahr 1979 oder der Atomkatastrophe im AKW Tschernobyl 1986 in der damaligen Sowjetunion, als das atomkritische Lager in Japan zwar kurzfristig Zulauf erhielt, aber es zu keinem langfristigen Stimmungsumschwung kam (Shibata und Tomokiyo 2014: 9). Eine von der Tageszeitung Asahi Shinbun seit April 2011 regelmäßig durchgeführte Umfrage zur Haltung der Bevölkerung gegenüber der Nutzung

¹⁰ Hierbei handelt es sich um „Deliberative Polling“, eine neue Art der Bürgerbefragung. Dabei wird laut des Stanford Center for Deliberative Democracy ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung zu einem Thema zuerst befragt, dann mit ausgewogenem Informationsmaterial zum Thema versorgt und schließlich dazu eingeladen, basierend auf dem Studium der Materialien, in kleinen Gruppen Fragen zu entwickeln und diese mit Politikern und Experten zu diskutieren. Abschließend wird die eingangs durchgeführte Befragung wiederholt, um zu beurteilen, wie sich die Präferenzen der Teilnehmer durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema verändert haben.

¹¹ Die Asahi Shinbun ist eine von fünf überregionalen japanischen Tageszeitungen mit einer Morgenausgabe und einer Abendausgabe, deren Auflage zusammen täglich fast 11 Millionen Exemplare erreichen. Die politische Ausrichtung der Asahi Shinbun ist Mitte-links.

von Kernkraft zeigt, dass in Japan auch mehrere Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima die kritischen Stimmen überwiegen (Abb. 3). Damit wird deutlich, dass in der japanischen Bevölkerung ein dauerhafter Meinungsumschwung stattgefunden hat.

Abbildung 1: Umfrage der Asahi Shinbun zur Nutzung von Kernkraft.



Quelle: Shibata und Tomokiyo (2014: 9).

Noda setzte sowohl den von Kan angestoßenen Beratungsprozess über Japans zukünftige Energiestrategie als auch die Reform der Atomaufsichtsbehörde fort. Der im Januar 2012 in das japanische Parlament eingebrachte Gesetzesentwurf sah vor die neue Aufsicht in das Umweltministerium (MOE) einzugliedern. Die Debatte im Parlament konzentrierte sich auf die Organisationsform sowie auf die Frage wie ein effektives Krisenmanagement in Zukunft gewährleistet werden kann. Da die DPJ-Regierung nur im Unterhaus des japanischen Parlaments eine Mehrheit besaß, war sie für die erfolgreiche Verabschiedung des Gesetzes auf die Kooperation der Oppositionsmehrheit im Oberhaus, insbesondere der LDP, angewiesen.

Der im April von der LDP in Abstimmung mit der *Kōmei-tō*¹² ins Parlament eingebrachte Gegenentwurf forderte eine größere institutionelle Unabhängigkeit der Atomaufsicht von der Regierung und der übrigen Ministerialverwaltung als es der Regierungsentwurf vorsah. Dies wurde maßgeblich damit begründet, dass es notwendig sei, den Forderungen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) nach einer unabhängigen

¹² Die *Kōmei-tō* Partei wurde von Mitgliedern der religiösen Sōka-Gakkai-Bewegung gegründet, welche in Anlehnung an den Nichiren-Buddhismus entstanden ist. Sie ist seit 1999 als kleiner Koalitionspartner der LDP an der Regierung beteiligt und war, wie die LDP, während der DPJ-Regierung 2009 bis 2012 in der Opposition.

gen Atomaufsicht nachzukommen, um das verlorene Vertrauen der japanischen Bevölkerung sowie der internationalen Gemeinschaft in die Sicherheit der Kernkraft zurückzugewinnen (LDP 2012: 1–2). Innerhalb der LDP mit ihrer beträchtlichen Anzahl an Atombefürwortern regte sich zwar auch Widerstand gegen eine solche unabhängige Atomaufsicht (*Asahi Shinbun* 24.2.2012: 3), letztendlich setzten sich aber die Befürworter durch. Die Regierung folgte dem Oppositionsvorschlag und das „Gesetz zur Errichtung der Nuclear Regulation Authority“ (*Genshiryoku Kisei Iinkai Secchihō*) wurde schließlich einen Tag vor Ende der Legislaturperiode vom Parlament verabschiedet (Kokkai 2012).

Die neue Atomaufsichtsbehörde, *Nuclear Regulation Authority* (NRA), wurde als Nachfolger von NISA und NSC im September 2012 ins Leben gerufen. Geleitet wird sie von einer fünfköpfigen Kommission, deren Mitglieder im Gegensatz zur alten Behörde nicht vom zuständigen Minister, sondern vom Premierminister ernannt werden. Das Parlament muss der Ernennung zustimmen. Die Mitarbeiterzahl der Atomaufsichtsbehörde ist von anfangs etwa 450 auf inzwischen etwa 900 Mitarbeiter angewachsen. Einmal von der NRA gefällte Entscheidungen können im Gegensatz zu Beschlüssen von an Ministerien angegliederten Behörden nicht mehr von der Legislative oder der Regierung rückgängig gemacht werden. NRA-Entscheidungen können ausschließlich über den Rechtsweg angefochten werden (Kokkai 2012). Eine der ersten Aufgaben der neuen Aufsicht bestand darin, innerhalb von zehn Monaten neue Sicherheitsstandards für kommerzielle AKW sowie Forschungs- und Wiederaufbereitungsanlagen auszuarbeiten. Des Weiteren obliegt es der neuen Atomaufsicht Richtlinien für das Krisenmanagement im Falle eines Atomkraftunfalls zu erarbeiten und die an dem havarierten Kraftwerk Fukushima Daiichi vorgenommenen Rückbauarbeiten zu beaufsichtigen (NRA 2014: 5).

Zusammenfassend lassen sich für die zwei Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima – also noch vor dem Amtsantritt Shinzō Abes – drei maßgebliche Entwicklungen festhalten. Erstens ist ein deutlicher Umschwung in der öffentlichen Meinung hin zu einer atomkraftkritischen Haltung zu beobachten. Zweitens ist eine vergleichsweise unabhängige Atomaufsichtsbehörde entstanden, welche bessere Sicherheitsstandards bei Atomanlagen gewährleisten und das im Zuge der Atomkatastrophe verlorene Vertrauen der Bevölkerung in die Atomenergie zurückzugewinnen soll. Drittens hat eine Debatte um einen Ausstieg aus der Atomkraft begonnen, welche aber bis zum Regierungsantritt Abes im Dezember 2012 in keinem konkreten Regierungsentschluss mündete. Damit fiel die Aufgabe, über die Zukunft der Atomkraft in Japan zu entscheiden, 2012 an die Abe-Regierung.

4. „BUSINESS AS USUAL“ IN DER ATOMPOLITIK UNTER PREMIERMINISTER ABE?

Kurz zuvor ins Amt gewählt, stellte Premierminister Abe in seiner Neujahrsansprache für das Jahr 2013 die Schwerpunkte seiner Amtszeit dar. Darin machte er deutlich, dass das Hauptaugenmerk seiner Politik auf der Stärkung des Wirtschaftswachstums liegen werde. Bezüglich der zukünftigen Nutzung von Kernkraft kündigte er zweierlei an: Erstens würden alle verfügbaren Reaktoren innerhalb von drei Jahren einer Sicherheitsprüfung unterzogen und, nach erfolgreichem Bestehen dieser, umgehend wieder in Betrieb gehen. Zweitens solle Japans Abhängigkeit von Atomstrom „so weit wie möglich“ (*dekirukagiri*) verringert werden. Interessant dabei ist, dass Abe diese zweite Aussage erst anfügte als er von einem Journalisten gebeten wurde, sich konkreter zu seinen zuvor verkündeten AKW-Ausbauplänen zu äußern. Abe beschränkte sich auf den Hinweis, dass dies keine Entscheidung sei, die sofort getroffen werden könne (Kantei 2012). Jedoch verstanden viele Beobachter Abes Ausführungen als Ankündigung, dass Japan innerhalb von drei Jahren wieder einen beträchtlichen Teil seiner Energieversorgung über Kernkraft decken werde. Allerdings folgte prompt Widerspruch von der Atomaufsicht NRA, was weitaus weniger öffentliche Beachtung fand. So erklärte der Vorsitzende der NRA, Shun'ichi Tanaka, dass es aufgrund der Komplexität der Sicherheitsprüfungen nicht möglich sein werde, diesen Prozess innerhalb von drei Jahren abzuschließen (NRA 2013b).

Nachdem Beratungen über Japans zukünftige Energiestrategie unter der DPJ-Regierung zu einem großen Teil innerhalb des Kabinettsbüros und damit unter Aufsicht der Regierung stattgefunden hatten, wurden sie mit dem Amtsantritt Abes in die Hände von ANRE gelegt. Somit nahmen die Bürokraten des Wirtschaftsministeriums, wie auch schon vor der Atomkatastrophe von Fukushima, wieder eine federführende Rolle ein. Im Zentrum der Beratungen standen die Fragen, um wieviel der Anteil der erneuerbaren Energien überhaupt erhöht werden könne, um die wegfallende Kernkraft zu ersetzen, und wie hoch das Potenzial von Energieparmaßnahmen wirklich sei (Kikkawa 2012: 14–15). Beide Problematiken sind in dem von ANRE ausgearbeiteten und von der Abe Regierung im April 2014 angenommenen „Grundlagenplan Energie“ (*Enerugi Kihon Keikaku*) insofern sichtbar, dass er, anders als bis dato üblich, keine konkreten numerischen Ziele für bestimmte Energieträger enthält.

Die in dem ANRE-Plan dargelegten Argumente knüpften direkt an frühere ANRE-Dokumente an, welche Kernkraft als stabile und emissionsarme Energiequelle preisen. Mit ihrer Hilfe solle Japan seine Abhängigkeit von Energieexporten reduzieren und die Energieselbstversor-

gungsrate erhöhen. Zugleich warnt der ANRE-Plan vor den möglichen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernkraft, welcher vermehrt Importe anderer Energieträger wie Öl und Gas notwendig machen würde. Allerdings enthält der Plan auch die Empfehlung, dass nur jene Meiler wieder ans Netz gehen sollten, welche von der NRA für sicher befunden werden. Zudem solle die Abhängigkeit von der Atomenergie „so weit wie möglich“ durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie durch Energiesparmaßnahmen verringert werden (METI 2014: 24). Nach einem weiteren Jahr der Beratungen über konkrete numerische Ziele einigten sich Vertreter der Regierungspartei LDP, des Koalitionspartners Kōmei-tō, des Wirtschaftsministeriums METI sowie des Umweltministeriums MOE im April 2015 in der ständigen „Untersuchungsgruppe für umfassende Rohstoff- und Energiepolitik“ (*Sōgō Shigen Enerugī Chōsakai*) auf einen neuen Strommix für das Jahr 2030. Demnach sollte 2030 zwischen 20 und 22 Prozent des Strombedarfs durch Atomstrom gedeckt werden (*Tokyo Shinbun* 29.4.2015: 3).

Diese neu formulierte Zielvorgabe ist aus mehrfacher Hinsicht interessant, nicht zuletzt da die Bewertung des Plans sehr unterschiedlich ausfällt, abhängig von der herangezogenen Vergleichsbasis. Verglichen mit dem im „Grundlagenplan Energie“ aus dem Jahr 2010 und dem darin avisierten Ausbau der Kernkraft auf 50 Prozent (METI 2010: 4), stellen die neuen Ziele eine deutliche Reduktion um über die Hälfte dar. Vergleicht man sie mit dem Stand vom Januar 2011, als Kernkraft 30 Prozent des Strombedarfes deckte, lässt sich immerhin eine Verringerung um sieben bis neun Prozent feststellen. Doch gemessen am tatsächlichen Anteil der Kernenergie, welcher seit dem Herunterfahren der letzten AKW im August 2013, auf null gesunken war, stellt der Beschluss eine deutliche Erhöhung dar. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Plans betrifft die Umsetzbarkeit des 20 bis 22 Prozent-Ziels. Dieses kann nur erreicht werden, wenn die von der NRA als Ausnahmeregelung vorgesehene Laufzeitverlängerung von 40 auf 60 Jahren zum Regelfall wird und alle verbliebenen Reaktoren wieder in Betrieb genommen werden. Sollte jedoch eine Abschaltung nach 40 Jahren erfolgen, würde der Anteil von Atomstrom bis 2030 auf etwa 15 Prozent sinken (*Tokyo Shinbun* 29.4.2015: 3).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Premierminister Abe eine zügige Wiederinbetriebnahme von AKW befürwortet und die unter Federführung von ANRE ausgearbeitete Energiestrategie der Regierung weiterhin auf Kernkraft setzt. Dabei stützen sich sowohl Premierminister Abe als auch ANRE und METI auf die bereits vor der Atomkatastrophe von Fukushima weit verbreiteten Argumente der Wirtschaftlichkeit, Umweltfreundlichkeit und Energiesicherheit. Kernkraft ist demnach wichtig, um unabhängig von Energieimporten zu werden. Neu hinzugekommen sind Hin-

weise, dass die Abhängigkeit von Kernkraft verringert werden soll und nur solche Reaktoren wieder ans Netz gehen werden, die von der NRA für sicher erklärt werden. Bedenkt man, dass zur Zeit des Beschlusses, im April 2015, Japan de facto keine Kernkraft nutzte, zeigt sich, dass dieses Dokument zunächst ohne praktische Auswirkungen war. Zugleich stand es im Gegensatz zur atomkraftkritischen Haltung der Bevölkerungsmehrheit.

Für die Wiederinbetriebnahme von AKW sind die Beziehungen zwischen NRA und der Regierung Abe von zentraler Bedeutung. Tatsächlich zeigen sich dabei Spannungen. Wie oben erwähnt, widersprach der Vorsitzende der NRA, Shun'ichi Tanaka, Abes Ankündigung, alle Reaktoren innerhalb von drei Jahren wieder in Betrieb nehmen zu wollen als nicht realisierbar. Ähnliches lässt sich auch über den im April 2015 vorgestellten angestrebten Energiemix für 2030 sagen, der sich wie eine Aufforderung an die NRA liest, die als Ausnahme vorgesehene Laufzeitverlängerung auf alle Reaktoren anzuwenden. Neben solch eher indirekten Wegen der Einflussnahme, besteht für den Premierminister auch die Möglichkeit direkt über die Wahl der NRA Kommissionsmitglieder Einfluss zu nehmen. Auch hier zeigt sich Abes atomkraftfreundliche Einstellung deutlich.

Laut Artikel 11 des 2012 als Kompromiss zwischen LDP und DPJ verabschiedeten Gesetz zur Errichtung einer neuen Atomaufsichtsbehörde sollen Kommissionsmitglieder nach bestimmten Auswahlkriterien ausgewählt werden, um zu verhindern, dass Kandidaten berufen werden, die als zu industrienah gelten und damit dem Ruf einer unabhängigen Atomaufsicht schaden könnten (Kokkai 2012). Konkret sollen alle für die NRA-Kommission nominierten Kandidaten jegliche Einkünfte aus Tätigkeiten in Verbindung mit der Atomindustrie offenlegen (*Asahi Shinbun* 2.3.2012: 4). Im Falle von Satoru Tanaka, Professor der Universität Tokyo, welche als Bestandteil des Atomdorfes gilt, wurde diese Regel offensichtlich missachtet. Im Mai 2014 von Premierminister Abe nominiert, wurden Informationen zu seinen Einkünften zum Teil geschwärzt und damit der Öffentlichkeit vorenthalten. Seine Nominierung wird daher als Versuch gewertet, die Unabhängigkeit der NRA zu untergraben (*Asahi Shinbun* 7.7.2014). Somit zeigt sich, dass Abe und METI die NRA einerseits öffentlich als Garant für die Sicherheit von AKW darstellen, sie andererseits sowohl mittelbar über neue Zielvorgaben als auch unmittelbar über die Wahl der Kommissionsmitglieder Druck auf die NRA ausüben.

Doch der Verlauf der bisher durch die NRA durchgeführten Sicherheitsprüfungen zeigt, dass diese Strategie bislang nicht aufgeht und es zu keiner Beschleunigung der Prüfung kam. Von den Reaktoren, für die seit August 2013 eine Sicherheitsprüfung beantragt wurde, wurden bis März 2016 fünf von der NRA als sicher eingestuft, darunter zwei Reaktoren des AKW Sendai, die seit Ende 2015 wieder am Netz sind. Es wird erwartet,

dass 2016 auch der Reaktor Nr. 3 im AKW Ikata hochgefahren wird (Kawada 2015). Die Reaktoren Nr. 3 und 4 im AKW Takahama in der Präfektur Fukui, die ebenfalls grünes Licht von der NRA und der Lokalregierung erhalten hatten, mussten jedoch nach nur wenigen Tagen wieder abgeschaltet werden aufgrund einer einstweiligen Verfügung durch das Distriktgericht Ōtsuki vom 9. März 2016 (*Asahi Shinbun* 9.3.2016).

Der bisherige Stand der Sicherheitsprüfungen offenbart eine stille Abwendung einiger Energieversorger von der Kernkraft. Das zeigt sich etwa darin, dass die Anzahl der kommerziell nutzbaren Reaktoren in Japan von 54 (Stand Januar 2011) auf 43 (Stand Januar 2016) gesunken ist, da alle sechs Reaktoren der beschädigten Anlage Fukushima Daiichi stillgelegt wurden (*Spiegel* 18.12.2013). Weitere fünf Reaktoren haben in der Zwischenzeit die neue maximale Laufzeit von 40 Jahren erreicht und sind vom Netz genommen wurden (*Japan Times* 13.4.2015). Für die verbleibenden Reaktoren obliegt es den Betreibern der AKW eine Sicherheitsprüfung bei der NRA zu beantragen. Bisher ist dies für 25 der verbleibenden 43 Reaktoren geschehen (NRA 2015). Betrachtet man die Auswahl genauer, zeigt sich, dass die Betreiber sich gezielt auf Anlagen mit der größten Wirtschaftlichkeit konzentrieren. Dies legt den Schluss nahe, dass es zumindest im Moment eher unwahrscheinlich ist, dass auch für die verbleibenden 18 Reaktoren Anträge eingereicht werden. Würden lediglich diese 25 Reaktoren, für die eine Sicherheitsprüfung durchgeführt wird, wieder ans Netz gehen, könnten sie im Jahr 2030 knapp 15 Prozent des Strombedarfs decken (Koppenborg 2016). Dies würde aber de facto das Aus für das erst 2015 von der Regierung formulierte Ziel, 2030 20 bis 22 Prozent der Energieversorgung durch Kernenergie sicherzustellen.

Eine weitere Hürde für die Regierungsziele ergibt sich aus der hohen Zahl von Klagen gegen AKW, die in den letzten Jahren angestrebt wurden. Wie bereits erwähnt, waren diese im Falle des AKW Takahama in der Präfektur Fukui zumindest vorübergehend erfolgreich. Das Distriktgericht Ōtsuki gab einer Sammelklage von 29 Anwohnern der an Fukui angrenzenden Präfektur Shiga gegen die Wiederinbetriebnahme statt. Es begründete die Entscheidung damit, dass der Betreiber KEPCO, der in Fragen rund um die Sicherheitsbelange des Kraftwerkes und der Evakuierung im Notfall in der Beweispflicht ist, seiner Pflicht nur ungenügend nachgekommen sei (*Asahi Shinbun* 9.3.2016). Ähnliche Klagen hatte es auch schon zuvor gegeben, etwa beim Distriktgericht Fukui ebenfalls gegen die Reaktoren Nr. 3 und 4 im AKW Takahama. Das Gericht gab letzterer im April 2015 statt und verhängte eine einstweilige Verfügung gegen die Wiederinbetriebnahme (*Tokyo Shinbun* 15.4.2015). Allerdings wurde diese noch im selben Jahr in einem von AKW-Betreiber ange strengten Revisionsverfahren rückgängig gemacht.

Weiterhin offen ist ein Prozess gegen die Fertigstellung des AKW Ōma, welcher 2014 vom Bürgermeister der Stadt Hakodate initiiert wurde. Dieser entschied sich für eine Klage, da Hakodate innerhalb des 30km Radius um das Kraftwerk Ōma und damit innerhalb des Gebietes liegt, für das die Stadtverwaltung einen Notfall-evakuierungsplan erstellen muss. Dies sei jedoch nicht möglich, da der Betreiber nicht ausreichend Informationen dafür zur Verfügung gestellt habe. Zudem hätte Hakodate, weil nicht Teil der Gemeinde, in dem sich das Kraftwerk Ōma befindet, kein Mitspracherecht bei der Inbetriebnahme obwohl es im Falle eines Unfalls von den Folgen ebenso betroffen wäre (Kingston 2015: 75). Eine weitere Klage hatte eine Gruppe von Bürgern der Präfektur Kagoshima eingereicht. Diese richtete sich gegen die Wiederinbetriebnahme des AKW Sendai, welche jedoch im April 2015 vom Distriktgericht Kagoshima abgewiesen wurde (*Japan Times* 23.4.2015).

Die Fülle an Gerichtsverfahren zeigt, dass Bürger wie auch Lokalpolitiker den Rechtsweg wählen, um die Politik zu beeinflussen und ihrer atomkritischen Haltung Nachdruck zu verleihen. Der Kontrast zwischen den Entscheidungen des Distriktgerichts in Fukui bzw. Ōtsuki und in Kagoshima offenbart aber auch die Tücken des Rechtsweges: Der Erfolg von Klagen hängt nicht zuletzt stark von der Person des Richters ab und kann, wie bereits geschehen, von höheren Instanzen rückgängig gemacht werden.¹³ Es ist daher noch nicht absehbar, wie stark Gerichtsprozesse die zukünftige Nutzung von Kernenergie auf lange Sicht beeinflussen werden.

5. FAZIT

Dieses Kapitel widmete sich der Frage, wie es sich erklären lässt, dass die Regierung Abe seit 2012 zu einer atomfreundlichen Politik zurückkehrt, trotz der erheblichen politischen Folgen des 11. März 2011. Die Analyse hat gezeigt, dass Abe an die Atompolitik von vor der Atomkatastrophe von Fukushima anknüpft. Dies wird in seinen Reden zum Thema deutlich, wie der Neujahrsansprache 2013 und der Rede zum fünften Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima, aber auch in den 2014 und 2015

¹³ Klagen gegen AKW waren in Japan bereits vor der Atomkatastrophe von Fukushima ein Weg für Bürger um ihren Protest gegen den Bau von Atomanlagen Ausdruck zu verleihen. Von insgesamt 14 Gerichtsprozessen wurden zwei im Sinne der Kläger entschieden, aber später von einer höheren Instanz rückgängig gemacht (Kingston 2013: 111). Klagen waren dabei eher ein Mittel, um den Bau von AKW zu verzögern und zu verteuern statt ihn allein durch den Rechtsweg zu stoppen.

veröffentlichten Strategiepapieren zu Japans Energiepolitik. Stets wird dabei betont, dass Japan auf Kernkraft angewiesen sei, um günstigen Strom für die Wirtschaft und sauberen Strom für das Klima zu produzieren. Zudem sei Kernenergie unerlässlich, um die Selbstversorgungsrate Japans im Energiebereich zu erhöhen und damit teuren Energieimporten vorzubeugen. Diese Argumentation knüpft nahtlos an die Argumente an, die bereits vor der Atomkatastrophe von Fukushima insbesondere von METI und ANRE genutzt wurden, um den Ausbau von Kernkraft zu rechtfertigen. In Bezug auf das eingangs erwähnte „Atomdorf“ lässt sich damit festhalten, dass zwei zentrale Akteure, nämlich die LDP-Regierung und das an METI angegliederte ANRE, am Pro-Atomkraftkurs festhalten. Zumindest hier scheint das „eiserne Dreieck“ mit seinem auf die Industrie ausgerichteten Klientelismus auch weiter Bestand zu haben. Jedoch haben sich die Rahmenbedingungen für eine atomfreundliche Politik durch die Reform der Atomaufsicht und den öffentlichen Meinungsumschwung drastisch verändert.

Die NRA stellt im Vergleich zum Vorgänger NISA eine unabhängig agierende Atomaufsichtsbehörde dar, die für eine gründliche Sicherheitsprüfung eintritt. Deutlich zeigt sich dies darin, dass die NRA dem Druck der Regierung, die Sicherheitsprüfung schneller abzuschließen, bisher standgehalten hat. Gleichzeitig führen die mit den neuen Sicherheitsmaßnahmen verbundenen Investitionen zunehmend dazu, dass der Betrieb von AKWs immer weniger lukrativ wird für die Betreiber. Diese rüsten weniger Reaktoren nach als nötig sind, um die von der Abe Regierung formulierten Ziele zu erreichen. Zwar wird die Wiederinbetriebnahme von der Regierung im Namen der Wirtschaftlichkeit vorangetrieben, doch trifft dies immer weniger auf den Betrieb von AKW selbst zu. Der aktuelle Stand der Anträge auf Sicherheitsprüfungen für Reaktoren lässt erwarten, dass Japan im Jahr 2030 nur 15 Prozent seines Strombedarfs über AKW decken wird.

Die Tatsache, dass AKW erst nach abgeschlossener Sicherheitsprüfung durch die Atomaufsichtsbehörde NRA wieder ans Netz gehen können und auch die offizielle Vorgabe, die Abhängigkeit von Kernkraft „so weit wie möglich“ zu verringern, könnten dabei als ein Zugeständnis an in der Bevölkerung verbreiteten Zweifel gesehen werden. Der Beitrag hat aber gezeigt, dass es sich hierbei lediglich um Lippenbekenntnisse handelt. Tatsächlich wird Druck auf die NRA ausgeübt, möglichst viele Reaktoren für eine Wiederinbetriebnahme frei zu geben und Laufzeiten zu verlängern. Auch die Formulierung „so weit wie möglich“ lässt viel Spielraum.

Die wachsende Anzahl von Gerichtsverfahren über die Wiederinbetriebnahme einzelner Reaktoren ist zudem ein Indiz dafür, dass große

Teile der Bevölkerung ihre Bedenken nicht ausreichend gewürdigt sehen. Sollte ein Teil der Klagen langfristig Erfolg haben und zur Stilllegung von Reaktoren führen, würden auch die aktuell möglichen 15 Prozent Kernkraftanteil am Energiemix im Jahre 2030 unterschritten.

Sollte Abes kernenergiefreundliche Politik langfristig scheitern, dann vor allem wegen drei Faktoren, die bereits heute eine wichtige Rolle spielen: 1) einer unabhängigen Atomaufsicht, 2) der durch verschärfte Sicherheitsauflagen sinkenden Wirtschaftlichkeit von AKWs und 3) am Widerstand der Bürger in Form von Gerichtsprozessen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ban, Hideyuki (2012): *The innovative strategy for energy and environment and its future*. http://www.cnrc.jp/english/newsletter/nit151/nit151articles/02_strategy.html (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Cotton, Matthew (2015): Structure, agency and post-Fukushima nuclear policy: an alliance-context-actantiality model of political change. *Journal of Risk Research* 18 (3): 317–332.
- Edahiro, Junko (2012): *Update on the discussion in Japan on energy and environment policy options to 2030*. http://www.japanfs.org/en/news/archives/news_id032229.html (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Ferguson, Charles D. und Jansson, Mark (2013): Regulating Japanese nuclear power in the wake of the Fukushima Daiichi accident. *Federation of American Scientists Issue Brief*. http://fas.org/wp-content/uploads/2013/05/Regulating_Japanese_Nuclear_13May131.pdf (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Kan, Naoto (2012): *Tōden Fukushima Genpatsu jiko: sōri daijin to shite kangaeta koto* [Als Premierminister in der Fukushima-Krise]. Tokyo: Gentōsha.
- Kantei (2016): *Press conference by Prime Minister Shinzo Abe on the upcoming fifth anniversary of the Great East Japan Earthquake*. http://japan.kantei.go.jp/97_abe/statement/201603/1216516_11003.html (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (2012): *Press conference by Prime Minister Shinzo Abe: Friday, January 4, 2013*. http://japan.kantei.go.jp/96_abe/statement/201301/04kaiken_e.html (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (2011a): *Basic policy on the reform of an organization in charge of nuclear safety regulation: Cabinet decision*. http://www.nsr.go.jp/english/e_nra/outline/03.html (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (2011b): *Press conference by Prime Minister Naoto Kan*. http://japan.kantei.go.jp/kan/statement/201107/13kaiken_e.html (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Kawada, Toshi (20.2.2015): Ehime reactor effectively clears NRA screening. *Asahi Shinbun*. <http://ajw.asahi.com/article/0311disaster/fukushima/AJ201505200072> (letzter Zugriff 01.3.2016).
- Kikkawa, Takeo (2012): *Denryoku kaikaku: enerugi seisaku no rekishi-teki dai tenkan* [Reform der Stromversorgung: Wendepunkte in der Geschichte der Energiepolitik]. Tokyo: Kodansha.

- Kingston, Jeff (2015): Downsizing Fukushima and Japan's nuclear relaunch. In: Mullins, Mark und Nakano, Kōichi (Hg.): *Disasters and social crisis in contemporary Japan: Political, religious, and sociocultural responses*. New York: Palgrave Macmillan: 59–80.
- (2013): Japan's nuclear village: Power and resilience. In: Kingston, Jeff (Hg.): *Critical issues in contemporary Japan*. London: Routledge: 107–119.
- Kokkai (2012): *Genshiryoku kisei iinkai secchi-hō: heisei 24nen 6gatu 27nichi hōristu dai 47gō* [Gesetz zur Errichtung der Nuclear Regulation Authority 27.06.2012 Gesetz Nr. 47]. <http://hourei.ndl.go.jp/Search-Sys/viewEnkaku.do?i=74hoOCaW0RrdFPEQdFslGQ%3D%3D> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Koppenborg, Florentine (2016): Japan's nuclear power plans don't add up. *East Asia Forum*. <http://www.eastasiaforum.org/2016/03/03/japans-nuclear-power-plans-dont-addup/> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- LDP (2012): *Atarashii genshiryoku kisei soshiki ni kan suru kihonteki kangae kata* [Grundlegende Ansichten zur neuen Atomaufsichtsbehörde]. https://www.y-shiozaki.or.jp/contribution/pdf/20120417111607_GUv9.pdf (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Lukner, Kerstin und Sakaki, Alexandra (2011): Blockade durch Misstrauen: Das Fukushima-Krisenmanagement. *Zeitschrift für internationale Politik* 19 (80): 49–58.
- METI (2014): *Strategic energy plan*. http://www.enecho.meti.go.jp/en/category/others/basic_plan/pdf/4th_strategic_energy_plan.pdf (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (2011): *News release April 12, 2011: INES (the International Nuclear and Radiological Event Scale) rating on the events in Fukushima Daiichi nuclear power station by the Tohoku district off the pacific ocean quake*. <http://www.webcitation.org/5xsyUr2Wx?url=http://www.nisa.meti.go.jp/english/files/en20110412-4.pdf> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (2010): The strategic energy plan of Japan: Meeting global challenges and securing energy futures. Summary.
- NAIIC (2012): *The official report of the Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission. Executive Summary*. http://www.nirs.org/fukushima/naiic_report.pdf (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- N.N. (2016): Atomkatastrophe in Japan. *Süddeutsche Zeitung*. http://www.sueddeutsche.de/thema/Atomkatastrophe_in_Japan (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (11.3.2016): Gedenken an Tsunami und Atomunfall von Fukushima. *Deutsche Welle*. <http://www.dw.com/de/gedenken-an-tsunami-und-atomunfall-von-fukushima/a-19110228> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (9.3.2016): Takahama Genpatsu 3, 4 gōki, unten sashi tome [Betrieb der Reaktoren 3 und 4 des AKW Takahama eingestellt] *Asahi Shinbun*. http://www.asahi.com/articles/ASJ37454PJ37PTJB00C.html?iref=comtop_list_nat_n02 (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (29.4.2015): Genpatsu izon senmei: 2030nen kōsei saidai 22% [Abhängigkeit von Atomkraft deutlich: Maximal 22% im Jahr 2030]. *Tokyo Shinbun*, Morgenausgabe.
- (23.4.2015): Court rejects injunction against Sendai reactors. *Japan Times*.

- (15.4.2015): Takahama saikadō mitomezu [Wiederinbetriebnahme des AKW Takahama abgelehnt]. *Tokyo Shinbun*, Morgenausgabe.
 - (13.4.2015) Abe energy vows face test over five shutdowns. *Japan Times*.
 - (7.7.2014): New nuclear watchdog commissioner received additional industry payment. *Asahi Shinbun*. <https://lucian.uchicago.edu/blogs/atomicage/2014/07/07/new-nuclearwatchdog-commissioner-received-additional-industry-payment-via-the-asahi-shimbun/> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
 - (6.3.2014): Fukushima: Zerfallszeit. *Zeit*. <http://www.zeit.de/2014/11/fukushima-reaktorunglueck-containersiedlung> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
 - (18.12.2013): Betreiber TEPCO will alle Reaktoren dauerhaft stilllegen. *Spiegel*. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/fukushima-akw-betreiber-will-alle-reaktoren-dauerhaftstilllegen-a-939849.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
 - (3.7.2012): Genshiryoku kiseiin, „mura hajjo“ no jinsen shishin „3nen nai ni genshiryoku kanren yakuiin“ wa jogai nado [Auswahlkriterien für NRA Kommissionsmitglieder von „außerhalb des Dorfes“: Ausschluss von „Personen in leitenden Positionen in der Atomindustrie in den letzten 3 Jahren“]. *Asahi Shinbun*, Morgenausgabe.
 - (2.3.2012): Genpatsu to media. Genshiryoku mura o megutte [Kernkraft und die Medien: das Atomdorf]. *Asahi Shinbun*, Morgenausgabe.
 - (24.2.2012): Genshiryoku Kisei-chō mienu hōan seiritsu [Zustandekommen einer Gesetzesvorlage für eine Atomaufsichtsbehörde nicht in Sicht]. *Asahi Shinbun*, Morgenausgabe.
 - (19.9.2011): Fukushima protesters urge Japan to abandon nuclear power: Tens of thousands join Fukushima protest march in Tokyo amid continuing fears over radiation. *Guardian*. <http://www.theguardian.com/world/2011/sep/19/fukushima-protesters-japan-nuclear-power> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- N.N. (o. A.): Thema Fukushima. *Welt*. <http://www.welt.de/themen/fukushima/> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- NRA (2015): Status of applications for review of commercial power reactors. <http://www.nsr.go.jp/english/regulatory/index.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- (2014): FY 2013: *Annual Report*. <https://www.nsr.go.jp/data/000067054.pdf> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
 - (2013a): FY 2012: *Annual Report*. <https://www.nsr.go.jp/data/000067053.pdf> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
 - (2013b): *Genshiryoku kisei iinkai kisha kaiken ryoku Heisei 25nen 1gatsu kokonoka* [Protokoll der NRA Pressekonferenz am 9.1.2013]. <https://www.nsr.go.jp/data/000068563.pdf> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Scalise, Paul J. (2013): Policy images, issue frames, and technical realities: Contrasting views of Japan’s energy policy development. *Social Science Japan Journal* 16 (2): 301–308.
- Schneider, Mycle und Froggatt, Antony (2012): *World nuclear industry status report*. <http://www.worldnuclearreport.org/> (letzter Zugriff am 20.7.2016).
- Shibata, Tetsuji und Tomokiyo, Hiroaki (2014): *Fukushima Genpatsu jiko to kokumin seron* [Der Atomunfall von Fukushima und die öffentliche Meinung]. Tokyo: Energy Review Center (ERC).

Slater, David (2011): Fukushima women against nuclear power: Finding a voice from Tohoku. *Asia-Pacific Journal / Japan Focus*. <http://apjff.org/-David-H.-Slater/4694/article.html> (letzter Zugriff am 20.7.2016).

Vivoda, Vlado und Graetz, Geordan (2014): Nuclear policy and regulation in Japan after Fukushima: Navigating the crisis. *Journal of Contemporary Asia* 45 (3): 1–20.